



Liebe Mitglieder
der DFG-VK Baden-Württemberg,

seit über fünf Monaten führt Putin nun bereits seinen Angriffskrieg in der Ukraine. Wir im Landesverband haben uns mit der Situation in verschiedenen Zoom-Sitzungen, bei denen viele von euch dabei waren, intensiv beschäftigt. Zwei der regelmäßigen Teilnehmer berichten in dieser Ausgabe von ihren Eindrücken der Veranstaltungen, ihren Gedanken zum Krieg und darüber, was er für die Zukunft der DFG-VK bedeuten könnte.

Wenn man sich neue Umfrage-Ergebnisse zum Thema Waffenexporte ansieht, wird deutlich, wie wichtig unsere Arbeit in den nächsten Monaten sein wird: 60 % der Deutschen sind für die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine, 40 % dagegen. Das Land ist gespalten in dieser Frage und das spiegelt sich auch in der Friedensbewegung wider. Umso wichtiger, dass wir unseren Überzeugungen treu bleiben und uns für Gewaltfreiheit und Frieden und gegen Waffenlieferungen einsetzen.

Ich wünsche euch interessante Erkenntnisse beim Lesen und einen schönen Sommer!

Herzliche Grüße

Sarah Fontanarosa

DFG-VK-Landesverband

Gedanken zum Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine

Beiträge von zwei Mitgliedern der DFG-VK-Gruppe Karlsruhe

Viele Menschen fühlten sich nach dem Angriff Russlands sprachlos und hilflos. Mir ging es eigentlich nicht so, ich war eher deprimiert, dass „die Menschheit“ es wohl nie lernt, ihre Konflikte anders als durch Gewalt zu lösen; nach dem alten Motto „trotz alledem und alledem“ raffte ich mich aber schnell auf, meine pazifistische Position zu vertreten. Für mich persönlich besonders niederdrückend: der mit dem Krieg noch stärker werdende Nationalismus. Dies führt dazu, dass ich mich immer wieder sehr fremd in unserer Gesellschaft fühle (kein neues Gefühl, aber nun wieder präsenter).

Auf den Kriegsverlauf haben wir keinen Einfluss, aber wir haben einige Möglichkeiten, Sinnvolles zu tun. Gerade im Kriegsfall ist es doch besonders notwendig, pazifistische Positionen überzeugend zu vertreten. Gehör für eine pazifistische Haltung in der Öffentlichkeit finden wir vielleicht am ehesten dann, wenn man in Gesprächen/bei Auftritten von folgenden Punkten ausgeht: Wir befinden uns in einer sehr großen Katastrophe, und je länger der Krieg dauert, desto größer wird diese Katastrophe werden, es besteht ja sogar die konkrete Gefahr eines Nuklearkriegs oder eines atomaren Unfalls in einem AKW durch Kriegseinwirkung. Wenn in Gesprächen bis dahin weitgehend Konsens ist, findet man für die Forderung nach einem sofortigem Waffenstillstand oder auch einer Kapitulation, um weitere Opfer zu vermeiden, auch in dieser militaristisch aufgeheizten Stimmung eher Verständnis. Für den Vorschlag, zu zivilem Widerstand überzugehen, ist es durch den immer bestialischeren Kriegsverlauf inzwischen nach meiner Einschätzung leider zu spät, auch wenn es in der Anfangsphase des Krieges ja durchaus erfolgreichen sporadischen zivilem Ungehorsam gab (man erfuhr leider nur zu wenig davon).

Nicht vergessen sollte man in der innenpolitischen Diskussion um die 100 Milliarden Euro „Sondervermögen“ und die sonstige weitere Aufrüstung für die Bundeswehr, dass der Angriff Russlands auch durch die um ein vielfaches höheren Rüstungsausgaben der Nato-Staaten nicht zu verhindern war. Weitere Hochrüstung wird also nicht dazu führen, dass unsere Gesellschaft sicherer und gerechter wird. In Gesprächen frage ich deshalb ob sie/er wirklich glaubt, durch weitere Hochrüstung sicherer zu leben. Dies ermöglicht

dann offenere Gesprächsperspektiven darüber, was Sicherheit für die/den Einzelnen und unsere Gesellschaft bedeutet.

Was wir als DFG-VK unbedingt machen sollten und ja auch tun, ist, Kriegsdienstverweigerer und Deserteure zu unterstützen. In Karlsruhe haben wir deshalb gleich zu Kriegsbeginn ein Flugblatt mit den Erklärungen der ukrainischen und russischen Gruppen veröffentlicht. Sehr hilfreich sind dabei die Veröffentlichungen von Interviews mit Aktivist:innen der pazifistischen Bewegungen in der Ukraine und Russland auf der Homepage der DFG-VK und natürlich die Arbeit von Connection e.V. Als weitere Konsequenz aus diesem Krieg sollten wir außerdem unbedingt wieder eine KDV-Beratung für Bundeswehrosoldat:innen aufbauen.

Nicht vergessen werden darf auch bei diesem Krieg, dass wir als Weltgesellschaft gerechte internationale Kooperationen benötigen, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zumindest noch annähernd erreichen zu können, und dass die Ausmaße der Klimakatastrophe nicht völlig unkontrollierbar werden. Aufrüstung und Krieg stehen diesen Menschheitsaufgaben diametral entgegen.

*Stefan Lau, Sprecher der
DFG-VK-Gruppe Karlsruhe*

Ich finde, dass wir politisch nicht an einer Zeitenwende stehen, sondern dass jetzt durchgesetzt wird, was die Regierenden schon lange wollten. Es geht um „Weiter so“, sogar um „Mehr von demselben“. Eine Zeitenwende bedeutet für mich ein Umsteuern, so wie einige der Teilnehmer es ja auch gesagt haben: im Konsumverhalten, in der Wirtschaftsweise, im weltweiten solidarischen Verhalten, in der Konfliktbearbeitung, in der Energie- und Umweltpolitik. In den Badischen Neuesten Nachrichten war einen Tag nach dem Beratungstreffen auf der Titelseite ein schlimmes Bild: Ein älterer Mann mit Mundschutz steht vor einem leeren Regal, und so heißt auch der Text dazu: Leere Regale im Supermarkt. Der Text ging dann weiter mit: Der Krieg in der Ukraine... Die eine ungelöste Krise wird sehr geschickt - nur durch ein Bild - mit der nächsten verbunden. Beim schnellen Lesen kann man (oder soll man) dann das Gefühl bekommen, Putin ist schuld an der Inflation. Die Panikmache geht weiter: zuerst Hilflosigkeit vor der Pandemie (vor allem ältere

Langjährige Mitglieder im DFG-VK-Landesverband

Wir beglückwünschen folgende Mitglieder, die dem Verband so lange die Treue gehalten haben (Mai-Juli):

50 Jahre: Heribert Ficht, Günther Michael Keim, Hans-Jürgen Kobus, Hans Ulrich Koch, Clemens Leutz, Michael Mader, Friedrich Menacher, Peter Pintz, Georg Purkl, Herbert Weiss

45 Jahre: Georg Braunstein, Wilfried Hager, Jürgen Hettel, Thomas Reiff

40 Jahre: Sabine Best, Michael Giglmaier, Susanne Seidel-Baumert

35 Jahre: Michael Borner, Peter Burger, Holger Gebert, Christian Kroll, Wolfgang Pfeiffer

30 Jahre: Johannes Keller

25 Jahre: Renate Seibold

Menschen müssen Angst haben) und nun vor dem Aggressor. Dabei könnte man etwas gegen Pandemien tun und auch etwas gegen Kriege.

Zum Thema Zusammenarbeit und Umweltproblematik: Es wäre gut, immer wieder darauf hinzuweisen, dass es um das Überleben unseres Planeten geht oder vielleicht realistischer: um das Überleben der Menschen auf unserer schönen Erde. Und das nicht nur durch den uns jetzt nahe gekommenen Krieg und alle anderen Kriege, die so viel zerstören und vergiften. Allein die Existenz des Militärs, das auch in „Friedenszeiten“ ohne Skrupel unsere Lebensgrundlagen zerstört wie kein anderer Bereich und Ressourcen bindet. Diese Verbindung zwischen Umweltzerstörung und Militär muss immer wieder betont werden.

Zu den Jugendlichen wurde gesagt, dass es viele Gruppen gibt. Da stimme ich zu, und sie sind sich der Gefahren bewusst, haben Ideen und Fantasie. Ich denke an Extinction Rebellion und die Aktivist*innen im Dannenröder Forst, die auch genannt wurden. Ich habe beim Klimabündnis in Karlsruhe eine Präsentation von Extinction Rebellion über Aktionen in Karlsruhe gesehen. Die waren wirklich gut. Ich wusste leider nichts davon. Da würde ich mir wünschen, dass alle umwelt- und friedensbewegten Menschen sich bei solchen Aktionen mal zeigen würden. Ich nehme doch an, dass Mitglieder der DFG-VK für Aktionen des Zivilen Ungehorsams sind?

Einige haben von der Demo in Stuttgart berichtet. Ich war auch auf der Demo in Stuttgart am 13. März und fand sie gut. Ich stand ziemlich weit hinten und habe sicher nicht alles mitbekommen. Mein Eindruck war, dass sie bunt und vielfältig war, was mich begeistert hat. Ich habe

wenige ukrainische Flaggen gesehen. Ich verstehe, dass die Ukrainer in ihrer Verzweiflung Waffen fordern. Es wurde auf die Zurufe auch klug reagiert, meine ich. Wir können ruhig zugeben, dass wir uns ohnmächtig und hilflos fühlen und keine Lösungen haben. Die „Mächtigen“ geben das eher nicht zu, denn sie haben ja Lösungen. Mit Waffengewalt fühlen sie sich stark und gut, weil sie schnell etwas tun können.

Was mich wütend gemacht hat, war die Berichterstattung am Abend. Ich habe nur die Landesschau angesehen. Die Veranstaltung wurde kurz erwähnt. Kein Hinweis auf die Reden, kein Wort zu Inhalten. Dann wurden kurze Stellungnahmen von zwei Frauen aus dem Publikum gezeigt, die es richtig fanden, dass Waffenlieferungen gefordert werden, und perfiderweise gleich darauf ein sehr liebliches Mädchen, das meinte, sie wolle nur Frieden für die Familie. Das ist tendenziös und keine gute Berichterstattung.

Die schwierige Frage ist: wie kommt man jetzt zu Verhandlungen? Wenn der Krieg mal da ist, ist es schwierig bis unmöglich einzugreifen (ohne Gewalt!). Es gibt dennoch Vorschläge.

Es ist wahr: wenn die Friedensbewegung warnt, sind es Schwarzmalerei, wenn der Krieg da ist, wird ihr vorgeworfen ihn nicht verhindert zu haben und keine Lösungen zu haben. Damit müssen wir leben. Und auch damit, dass wir nicht alles wissen. Ich bin auch unsicher.

Was mich erschüttert, ist, dass jetzt die Spaltung, ich meine die Aufteilung in Gute und Böse, anscheinend auch durch unsere Gruppen geht. Wir sind doch ohnehin schon so schwach (an Zahl).

Sabine Thielicke, Mitglied in der DFG-VK-Gruppe Karlsruhe

Rüstungsexport

Podiumsgespräch zu G36-Lieferungen nach Mexiko

Wie Waffenlieferungen und Menschenrechtsverbrechen zusammenhängen

Ende Mai fand im Forum 3 in Stuttgart ein von der Katholischen Betriebsseelsorge der Diözese Rottenburg-Stuttgart, der Evangelischen Akademie Bad Boll, Ohne Rüstung Leben, „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, „Global Net – Stop the Arms Trade“, Pax Christi Rottenburg-Stuttgart, der DFG-VK Baden-Württemberg, dem Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung (ZEB) sowie dem Rüstungsinformationsbüro (RIB) veranstaltetes Podiumsgespräch zum Thema „G36-Exporte nach Mexiko. Der Zusammenhang von Waffenlieferungen und Menschenrechtsverbrechen“ statt. An dem von Carola Hausotter (Evangelische Akademie Bad Boll) und Charlotte Kehne (Ohne Rüstung Leben) moderierten Gespräch nahmen Holger Rothbauer, Anwalt und Mitglied der Fachgruppe „Rüstungsexporte“ in der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), Sofía de Robina, Anwältin der mexikanischen Menschenrechtsorga-

nisation „Centro Prodh“, sowie María del Tránsito Piña und Javier Barajas, Eltern zweier ermordeter Kinder und Menschenrechtsverteidiger*innen aus Guanajuato (Mexiko), teil.

Zu Beginn berichtete der Tübinger Anwalt Holger Rothbauer, der im September für seine jahrzehntelange Arbeit gegen Rüstungsexporte mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet werden wird, über den vom 15. Mai 2018 bis zum 21. Februar 2019 vor dem Landgericht Stuttgart geführten Prozess gegen Heckler & Koch wegen des Verdachtes, die Genehmigungen für die Ausfuhr von 4219 G36-Sturmgewehren, 2 Maschinengewehren und 1759 Magazinen nach Mexiko, die dort von der zentralen Beschaffungsstelle an die mexikanischen Bundesstaaten Jalisco, Chiapas, Chihuahua und Guerrero, für die es keine deutsche Exportgenehmigung gab, weiterveräußert wurden, durch die Vorlage als unzuverlässig erkannter Endverbleibser-

Die **SÜDWEST-KONTAKTE** sind die Informationsbeilage zur „ZivilCourage“ für alle Mitglieder des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg. Sie erscheinen mit jeder Ausgabe der „ZivilCourage“, in der Regel fünf- bis sechsmal jährlich. Herausgegeben werden die **SÜDWEST-KONTAKTE** vom Landesvorstand des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711/51 88 56 01, eMail ba-wue@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/ln-bawue Redaktion: Sarah Gräber Gestaltung: SPS-Graphics

kärungen der mexikanischen Behörden erschlichen zu haben. Das Verfahren, das Holger Rothbauer sowie DFG-VK-Bundessprecher Jürgen Grässlin aus Freiburg acht Jahre zuvor mit einer Strafanzeige ins Rollen gebracht hatten, endete mit der Verurteilung eines ehemaligen Vertriebsleiters und einer ehemaligen Sachbearbeiterin zu Bewährungsstrafen sowie der Einziehung des gesamten Verkaufserlöses in Höhe von rund 3,7 Millionen Euro. Das Urteil wurde im vergangenen Jahr vom Bundesgerichtshof weitgehend bestätigt. Als Schwäche des Verfahrens benannte Rothbauer die Tatsache, dass keine Nebenklage von Angehörigen der Opfer der mit den Waffen von H&K in Mexiko verübten Menschenrechtsverbrechen zugelassen wurde. Während des Prozesses wurde sogar ein Vater wegen des Hochhaltens eines Fotos seines in Mexiko ermordeten Sohnes des Gerichtssaales verwiesen. Um zukünftig den Export deutscher Waffen in Gebiete mit problematischer Menschenrechtssituation zu verhindern, hofft Holger Rothbauer auf ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz mit einem Verbandsklagerecht, auf dessen Erarbeitung er derzeit als Lobbyist Einfluss zu nehmen versucht.

Anschließend berichtete die mexikanische Menschenrechtsanwältin Sofía de Robina, wie bei einer Protestaktion des linken Lehrer*innen-seminars der Hochschule „Raúl Isidro Burgos“ in Ayotzinapa in dem süd-mexikanischen Bundesstaat Guerrero zwei Studierende von der städtischen Polizei erschossen und 43 weitere Studierende gewaltsam verschwinden gelassen wurden. Wenig später wurden die verkohlten und verstümmelten Leichen von 28 Personen im nahe gelegenen Pueblo Viejo gefunden, bei denen es sich möglicherweise um einige der vermissten Studierenden handelt. Der Fall offenbart die Verstrickung der mexikanischen Sicherheitsbehörden in die organisierte Kriminalität sowie die tödlichen Folgen deutscher Waffenexporte nach Mexiko, denn bei dem Massaker kamen mindestens drei Waffen von Heckler & Koch zum Einsatz. Zudem gibt es Hinweise auf Verbindungen bis in die mexikanische Staatsspitze.



Das Transparent auf den Stufen zeigt Guadalupe und Javier, die ermordeten Kinder von María del Tránsito Piña und Javier Barajas

Besonders bewegend war die Schilderung von María del Tránsito Piña und Javier Barajas, wie sie innerhalb der letzten drei Jahre ihre beiden erwachsenen Kinder auf gewaltsame Weise verloren. Ihre Tochter Guadalupe, die als Lehrerin arbeitete, wurde am 29. Februar 2020 Opfer gewaltsamen Verschwindenlassens. Da die mexikanischen Behörden untätig blieben und von freiwilligem Fortgehen sprachen, machten sich ihre Eltern und ihr Bruder Javier zusammen mit anderen betroffenen Familien selbst auf die Suche und fanden nach einem Jahr ihren Leichnam in einem Massengrab von 80 Menschen, von denen manche lebendig begraben worden waren. Ihr Sohn Javier schloss sich daraufhin der regionalen Suchkommission an, um die Angehörigen weiterer Opfer gewaltsamen Verschwindenlassens bei ihrer Suche zu unterstützen. Aufgrund dieses Engagements wurde er am 29. Mai 2021 von Unbekannten mit einer Waffe, mit der zuvor bereits fünf Menschen ermordet worden waren, erschossen. Obwohl seinem Vater von den mexikanischen Behörden gedroht wurde, dass ihm etwas Ähnliches passieren könnte, sind er und seine Frau fest entschlossen, andere Eltern bei der Suche nach ihren verschwundenen Kindern zu unterstützen. Für dieses mutige Engagement wurden sie vor Kurzem mit dem diesjährigen „Award for Human Rights Defenders at Risk“ (Preis für gefährdete Menschenrechtsverteidiger*innen) der Menschenrechtsorganisation „Front Line Defenders“ ausgezeichnet. Zurzeit unterstützen sie eine Klage gegen illegale Waffenlieferungen aus den USA, die neben Deutschland ein Hauptkennzeichen von Waffen in Mexiko sind.

In der an das Podiumsgespräch anschließenden Diskussion wurde aus dem Publikum die Frage gestellt, was man als einzelne*r Bürger*in tun könne. Darauf antwortete Holger Rothbauer, dass es wichtig wäre, die Bundestagsabgeordneten des eigenen Wahlkreises dazu aufzufordern, durch das Stellen von Fragen an die Bundesregierung Druck auf diese auszuüben, dass sie bei der mexikanischen Regierung auf die Aufklärung der rund 100000 Fälle gewaltsamen Verschwindenlassens in Mexiko drängt. Angesichts der Tatsache, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Rahmen von Regierungsverhandlungen im September 2019 Mexiko rund 68,5 Millionen Euro für die Entwicklungszusammenarbeit neu zusagte, hätte die Bundesregierung durchaus das Recht, diese Zahlungen mit kritischen Nachfragen zur mangelnden Aufklärung von Menschenrechtsverbrechen in Mexiko zu verbinden.

Thomas Tews, Leiter der Geschäftsstelle des DFG-VK-Landesverbands in Stuttgart

Gedenkveranstaltung am Internationalen KDV-Tag in Stuttgart



Am 15. Mai, dem Internationalen KDV-Tag, fand am Stuttgarter Deserteur-Denkmal eine Kundgebung und Gedenkveranstaltung der DFG-VK-Gruppe Stuttgart statt.

„Die FrAKTION“ im Stuttgarter Gemeinderat veröffentlichte im Amtsblatt der Stadt Stuttgart diesen Text:

„Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin“ schrieb der US-amerikanische Autor Carl Sandburg einst. Am Sonntag den 15. Mai ist der Internationale Tag der Kriegsdienstverweigerung. Leider ist dieser Tag noch immer aktuell, in vielen Ländern – auch in europäischen – gibt es immer noch kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Oft ist eine Verweigerung mit immensen Schikanen und Diskriminierung verbunden. Kriege können nur mit Soldaten:innen geführt werden, deswegen ist verweigern und desertieren kein Verbrechen, sondern ein aktiver Beitrag zum Frieden. Der Ukrainekrieg zeigt, wie unmenschlich Krieg ist. Wir als FrAKTION setzen uns dafür ein, dass dieser Krieg so schnell wie möglich beendet wird, denn jeder Tag bringt mehr Leid und Tote.

Lassen Sie uns unbürokratisch Deserteur:innen, die aus Russland, Belarus und der Ukraine geflüchtet sind, aufnehmen. Die Bundesregierung soll sich dafür aussprechen, dass alle Deserteur:innen Asyl bei uns erhalten. Ein städtisches Bündnis aus DGB, Friedensgruppen und Bürger:innen sorgte 2007 für ein Deserteursdenkmal in Stuttgart. Der damalige OB Wolfgang Schuster verweigerte dem Denkmal einen öffentlichen Standort, daher steht es bisher am Theaterhaus. Mit einem Gemeinderatsbeschluss wurde dieser Fehler aufgehoben. Im nächsten Jahr wird es endlich auf städtischem Boden beim Hotel Silber aufgestellt.

Doch was können wir als Stuttgarter:innen tun? Werden Sie aktiv in einer der Stuttgarter Friedensgruppen. Sie können beim Einwohnermeldeamt, Postfach 106034, 70049 Stuttgart Widerspruch einlegen, damit Ihre Kinder keine Werbung der Bundeswehr erhalten. Sie können am 15. Mai um 17.00 Uhr am Deserteursdenkmal am Theaterhaus gedenken, denn sie sind Helden für den Frieden.

Adressenliste

DFG-VK-Gruppe Bodensee-Oberschwaben

Bernd Wipper, Maurus-Betz-Str. 12,
88662 Überlingen, 07551-3085066,
doc.b.wipper@t-online.de

DFG-VK-Gruppe Freiburg

Postfach 5261, 79019 Freiburg
Treffen: Büro im Friedenszentrum,
Stühlinger Str. 7
Tel.: 0761-7678089
freiburg@dfg-vk.de
www.dfg-vk.de/freiburg

DFG-VK-Gruppe Heidelberg

c/o Kai-Uwe Dorsch, Hohegasse 1,
69181 Leimen
Tel.: 01525-6907676
heidelberg@dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Karlsruhe

c/o Sonnhild Thiel, Alberichstraße 9,
76185 Karlsruhe; Tel.: 0721-552270
dfg-vk.karlsruhe@posteo.de

DFG-VK-Gruppe Ludwigsburg

c/o Wolfram Scheffbuch, Oberdorf-
straße 9, 74366 Kirchheim am Neckar
Tel.: 07143-94668, Mobil: 0173-7397214
ludwigsburg@dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Mannheim-Ludwigshafen

c/o Friedensbüro Mannheim, Speyerer
Str. 14, 68163 Mannheim
Tel.: O. Reger (Tel. 017650218312),
H. Sauer-Gürth (Tel. 0621-858301)
mannheim@dfg-vk.de
mannheim.dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Mittelbaden

c/o Wolfgang Eberhardt, Mörikestraße 6,
77654 Offenburg
Tel.: 0781-53669
mittelbaden@dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Neckar-Fils

c/o Jürgen Flicker, Hauptstr. 46,
73275 Ohmden, Tel.: 07023-2728
jblfli@t-online.de

DFG-VK-Gruppe Stuttgart

Werastr. 10, 70182 Stuttgart
Tel.: 0711-51885601; stuttgart@dfg-vk.de
jeden 3. Dienstag im Monat Gruppen-
treffen um 19 Uhr in der Werastr. 10

DFG-VK-Gruppe Tübingen

c/o Informationsstelle Militarisierung
(IMI e.V.), Hechingerstr. 203, 72072 Tü-
bingen; Tel.: 07071-791703; tuebingen@
dfg-vk.de; www.imi-online.de

DFG-VK-Gruppe Gammertingen

c/o Walter Märkle, Beethovenstr. 2,
72501 Gammertingen; Tel.: 07574-2920

DFG-VK-Gruppe Pforzheim

c/o Christof Grosse, Brettener Str. 41,
75181 Pforzheim; Tel.: 07231-358765

DFG-VK-Gruppe Ulm/Neu-Ulm

c/o Markus Kiefer, Otto-Lilienthal-
Weg 65, 89075 Ulm;
Tel.: 0731-40300388; ulm@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband BaWü

Werastr. 10, 70182 Stuttgart
Fon 0711-51885601
eMail: ba-wue@dfg-vk.de
Internet: www.dfg-vk.de/lv-bawue
Facebook: https://www.facebook.com/
groups/DFG.bawue/

DFG-VK-Friedensarbeit vor Ort

Friedensklima für die Bundesgartenschau 2023

Rüstung und Krieg heizen der Erde ein, eine Ausstellung zeigt Alternativen

Vom 14.4. bis 8.10.2023 findet in Mannheim die Bundesgartenschau statt und wird Hunderttausende anlocken. Die DFG-VK Mannheim-Ludwigshafen und die Friedensbewegung wollen die Gelegenheit nutzen, dort einer breiten Öffentlichkeit die Ausstellung „FRIEDENSKLIMA! 17 Ziele für Gerechtigkeit und Frieden“ zu präsentieren. Sie stellt die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) mithilfe von auffällig gestalteten Säulen verständlich dar, macht wichtige Akteure bekannt und motiviert zum Handeln.

Was hat es mit den Nachhaltigkeitszielen auf sich? Beim UN-Gipfel 2015 in New York haben 193 Staaten die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ (Weltzukunftsvertrag) beschlossen und SDGs definiert. Die Agenda 2030 ist das erste Abkommen, das die Bekämpfung von Armut und die Verhinderung der Klimakatastrophe zusammenhängend betrachtet und ökonomische, ökologische und soziale Ziele festlegt. Die SDGs sollen den Frieden fördern und allen Menschen ein Leben in Würde in einer intakten Umwelt in Sicherheit und Freiheit ermöglichen. Die 193 Staaten haben sich verpflichtet, die SDGs zu verwirklichen, und es ist entsprechender Druck nötig, dass die Regierungen geeignete Maßnahmen durchführen. Auch Wirtschaft und Unternehmen haben enorme Möglichkeiten, um die SDGs zu realisieren, und natürlich müssen auch die Bürger*innen den ihnen möglichen Beitrag leisten.

Unverzögliches Handeln ist dringender denn je, um die fortschreitende Erderwärmung zu bremsen und sie gemäß der verpflichtenden Pariser Klimaabereinkunft auf 1,5 Grad zu reduzieren, müssen Aufrüstung und Kriege gestoppt und die Nutzung von fossilen Energierohstoffen beendet werden. Nicht erst der von Putin gestartete Angriffs-Krieg in der Ukraine steht im krassen Gegensatz zum SDG-Ziel 17 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“. Auch die Kriege und Militäreinsätze in Afghanistan, Syrien, Jemen und Mali töten Menschen und beweisen, dass die auch von der Nato und dem Westen praktizierte militärische Sicherheit mit Abschreckung und Militär zerstört, was sie zu schützen vorgibt.

Tagtäglich entwickeln Beschäftigte u.a. bei Rheinmetall und Hensoldt ausgeklügelte Waffensysteme, die von Regierungen gekauft und eingesetzt werden. Das SDG-Ziel 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“ kann nicht konsequent und unverzüglich verwirklicht werden, weil die Ressourcen missbräuchlich verwendet werden. Der Hunger der (Energie-)Konzerne nach billigen Rohstoffen und Anbauflächen für konventionelle Landwirtschaft verhindert, dass das SDG-Ziel 1 „Keine Armut“ und SDG-Ziel 2 „Kein Hunger“ für die Menschen des globalen Südens Wirklichkeit wird.

Konsum- und Lebensstil und die Strukturen ändern: Auch in reichen Industrieländern leben Menschen in Armut und sind unter- oder fehler-nährt. Gerade bei Kindern mit Migrationshintergrund steht das SDG-Ziel 4 „Hochwertige Bildung“ nur auf dem Papier. Das SDG-Ziel 10 „Weniger Ungleichheit“ sollte das Bewusstsein dafür schärfen, dass Steuern und Abgaben wichtige Hebel sind, um die Staatseinnahmen zu erhöhen, die nötig sind, um den ökologischen und sozial gerechten nachhaltigen Umbau der Wirtschaft voranzutreiben. Die Vermögensteuer wieder einzuführen oder den 2000-2005 schrittweise von 53 auf 42 Prozent gesenkten Spitzensteuer bei der Einkommensteuer wieder zu erhöhen, ließe sich schnell umsetzen, sofern politisch gewollt. Steuerschlupflöcher schließen und Geldwäsche bekämpfen, wären ebenfalls effiziente Instrumente, die übrigens auch zur Terrorbekämpfung beitragen.

Sicherheit neu denken: Die von „Friedensregion Bodensee“ und „friedensräume Lindau“ entwickelte FRIEDENSKLIMA-Ausstellung wurde auch von der Stadt Lindau mitgefördert und dort bei der Gartenschau 2021 gezeigt. Die Texte auf den Stelen informieren, um was es beim jeweiligen SDG-Ziel geht und was zur Zielerreichung in der Region bisher konkret getan wurde und wie die Bürger*innen aktiv werden können. Zur Ausstellung gehören auch Würfel, die über Gewaltfreiheit und Feindbilder informieren und zum Mitmachen anregen. Die Stelen sind einen Meter breit und zwei Meter hoch. Die dem Friedens-Ziel gewidmete Stele ist sogar drei Meter hoch und stellt u. a. das Konzept „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“ dar.

Nicht umsonst: Wir müssen die Ausstellungstexte durch Informationen ersetzen, die für unsere Region zutreffen. Die dafür entstehenden Kosten sind geringer als weitere Ausgabeposten. Denn wir können es nicht alleine stemmen, Führungen zu machen und als Ansprechpersonen ständig präsent zu sein, und benötigen daher Honorarkräfte. Die Suche nach Sponsor*innen und Unterstützer*innen ist sehr aufwändig und (noch) zu selten von Erfolg gekrönt. Wir sind daher für jeden Euro dankbar und hoffen, dass unser Förderantrag bei der BMZ-Institution Engagement Global zum Erfolg führt.

Selbst wenn die Ausstellung aufgrund fehlender Finanzierung nicht gezeigt werden kann, war unser ehrenamtliches unentgeltliches Engagement nicht umsonst. Seit dem letzten Jahr tragen wir dazu bei, die SDGs bekannt zu machen, und aufgrund des gewünschten Begleitprogramms stehen wir mit vielen Friedens- und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Kontakt.

Otto Reger, DFG-VK Mannheim/L'hafen